

## **deutsch-belarussische gesellschaft e.V. (dbg)**

### **Geschäftsbericht des Vorstands für das Jahr 2013**

#### **Durchgeführte Veranstaltungen:**

- |                |   |
|----------------|---|
| 24.01.2013     | Festveranstaltung „20 Jahre EHU“ in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin  |
| 26.-27.02.2013 | Fachkonferenz „EU – Modernisierungsdialog mit Belarus: Ansätze für soziale und kommunalpolitische Reformen“ in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem IBB Dortmund und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde |
| 16.04.2013     | Belarus-Stammtisch, organisiert vom Vorstandsmitglied Anja Sivakova in Berlin   |
| 07.05.2013     | Podiumsdiskussion „Was erwarten die europäische und deutsche Belarus-Politik vom Gipfel in Vilnius?“ in Berlin  |
| 08.05.2013     | Mitgliederversammlung in Berlin   |
| 17.09.2013     | Belarus-Stammtisch, organisiert vom Vorstandsmitglied Anja Sivakova in Berlin   |
| 28.-29.10.2013 | Internationale Konferenz „Strategien für zukünftige Belarus-Politik“ in Vilnius, Litauen, in Zusammenarbeit mit dem Eastern Europe Studies Centre (EESC) und mit Unterstützung des litauischen Außenministeriums  |

## **Laufende Projekte:**

Von 2012 – 2014 betreut die deutsch-belarussische gesellschaft (dgb) zwei Projekte zum Aufbau eines staatlichen Vergabesystems von sozialen Dienstleistungen an NRO („staatlicher Sozialauftrag“) in Belarus. Dadurch will die dbg einen erkennbaren Beitrag zur Erweiterung der Handlungsspielräume von NRO im sozialen Bereich in Belarus leisten.

1.

### **Projekt „Von Innovationen im Sozialbereich zu einer neuen Lebensqualität“**

Förderer: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Förderprogramm Belarus)

Laufzeit: 2012 – 2014

Rolle der dbg: Antragsteller

Partner: Belarussisches Rotes Kreuz (Minsk)

Kurzbeschreibung:

Durch die erstmalige Anwendung des 2012 gesetzlich eingeführten staatlichen Sozialauftrags im Bereich häuslicher Pflege soll das Projekt zur Verbesserung der Lebensqualität und sozialen Sicherheit von alten und behinderten Menschen beitragen. Während der Projektdurchführung wird es eine enge Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren geben. Im Rahmen des Projekts werden einzelne Komponenten des staatlichen Sozialauftrags erprobt und eingeführt, dazu gehören die medizinische und soziale Betreuung zu Hause und die häusliche Altenpflege. An dem Modellprojekt werden Fachpfleger\*innen und Volontär\*innen gleichermaßen beteiligt. Weiterhin werden Kleinprojekte umgesetzt, mit deren Hilfe sozial schwache Bevölkerungsgruppen besser integriert werden.

2.

### **Projekt „Partnerschaft für Entwicklung“**

Förderer: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Förderprogramm Belarus)

Laufzeit: 2012 – 2014

Rolle der dbg: Antragsteller

Partner: Regionale Agentur für wirtschaftliche Entwicklung (Homel)

Kurzbeschreibung:

Im Rahmen des Projekts werden staatliche und nicht-staatliche Akteure für die Anwendung des staatlichen Sozialauftrags in den Regionen Homel und Mahiljou qualifiziert. Dementsprechend werden für beide Zielgruppen eine Reihe von Trainings durchgeführt. Zudem wird in Homel und Mahiljou jeweils ein Informations- und Beratungszentrum eingerichtet, welches die Umsetzung des staatlichen Sozialauftrags begleiten und insbesondere NRO bei der Bewerbung um staatliche Sozialaufträge unterstützen soll.

## Anlage

### **1. Bericht über die Festveranstaltung „20 Jahre EHU“ in der Vertretung der Europäischen Kommission, 24.01.2013, Berlin**

Die öffentliche Festveranstaltung „20 Jahre EHU“ in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin wurde durch eine Festrede von Bundesminister Ronald Pofalla, MdB, eröffnet, in der die im Jahr 1992 in Minsk gegründete Europäische Humanistische Universität (EHU) gewürdigt wurde. Nach ihrer Zwangsschließung durch das belarussische Regime (2004) fand die EHU in Vilnius, Litauen, ihren gegenwärtigen Standort. In einer anschließenden Podiumsdiskussion wurde über die mögliche weitere Entwicklung und eine verstärkte Kooperation deutscher Partner mit der EHU diskutiert.

Teilnehmer\*innen des Podiums waren u.a. Markus Meckel (ehemaliger Außenminister und Mitglied des Bundestags 1990 bis 2009), Prof. Dr. Anatoli Mikhailov (Rektor der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius), Dr. Hans-Georg Wieck (Vorsitzender des Vereins „Menschenrechte für Belarus“), Antje Leendertse (Beauftragte für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt) und Ramunas Misiulis (Gesandter Botschaftsrat, Botschaft der Republik Litauen). Zusammenfassende Schlussworte verlas Dr. Darius Udrys, Vize-Rektor der Europäischen Humanistischen Universität.

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Verein „Menschenrechte in Belarus“ statt und wurde u.a. vom dbg-Vorstandsmitglied Peter Liesegang organisiert. Zuvor tagte in der DGAP ein Kolloquium zu möglichen weiteren Projekten an der EHU.

### **2. Bericht über die Fachkonferenz „EU-Modernisierungsdialg mit Belarus: Ansätze für soziale und kommunalpolitische Reformen“, 26.-27.02.2013, Berlin**

Der von der EU im März 2012 ins Leben gerufene Modernisierungsdialg mit Belarus hat zum Ziel, sowohl in verschiedenen Ländern der EU als auch in Belarus Diskussionsveranstaltungen zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Modernisierung des Landes durchzuführen und die belarussische Zivilgesellschaft zu unterstützen.

Entsprechend den Zielsetzungen des EU-Modernisierungsdialgs wurden in der Auftaktveranstaltung am 26. Februar, sowie in anschließenden Expert\*innengesprächen am 27. Februar 2013, Ansätze für Reformen im Sozialbereich und in der Wohnungspolitik auf nationaler und kommunaler Ebene in Belarus diskutiert. Die Konferenz im Auswärtigen Amt wurde von Staatsministerin Pieper und per Videobotschaft von Stefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, eröffnet. Nach Diskussionsveranstaltungen in Warschau und Tallinn war die Konferenz in Berlin die dritte Veranstaltung des EU-Modernisierungsdialgs.

Teilgenommen haben rund 150 Expert\*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Die Hauptkoordination und strategische Planung der Veranstaltung übernahm die dbg, vertreten durch Prof. Dr. Rainer Lindner, Dr. Heike Dörrenbächer und Dr. Astrid Sahn.

### **3. Bericht über die Podiumsdiskussion „Was erwarten die europäische und deutsche Belarus-Politik vom Gipfel in Vilnius?“, 07.05.2013, Berlin**

Der bevorstehende EU-Gipfel in Vilnius war von hoher Bedeutung für die mittelfristige Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Belarus. Es stellte sich u.a. die Frage, ob und welche Vertreter\*innen des belarussischen Regimes zum Gipfel eingeladen werden und ob die bestehenden Sanktionen bestätigt, reduziert oder erweitert werden. Dies hing nicht zuletzt davon ab, wie stark das aktuelle Interesse des belarussischen Regimes an einer Verbesserung der Beziehung zur EU ist, um einer weiteren Zunahme der Abhängigkeit von Russland entgegen zu wirken, und ob zumindest die zentrale Forderung der EU nach Freilassung aller politischen Gefangenen erfüllt wird. Des Weiteren wurden folgende Fragestellungen diskutiert: Kann die Initiative der Östlichen Partnerschaft weiterentwickelt werden? Wie wird der EU-Modernisierungsdialo g mit Belarus in Zukunft gestaltet? Hierzu gibt es unterschiedliche Positionen, die im Rahmen der Veranstaltung diskutiert wurden.

Es diskutierten Marzenna Guz-Vetter (Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Berlin), Prof. Dr. Rainer Lindner (Vorstandsvorsitzender der deutsch-belarussischen Gesellschaft, Berlin), Justas Vincas Paleckis (MdEP, Berichterstatter des Europäischen Parlaments für Belarus und stellvertretender Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Belarus, Brüssel), Botschafterin Antje Leendertse (Beauftragte für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien, Auswärtiges Amt, Berlin) und Dr. Astrid Sahm (Leiterin der Berliner Repräsentanz des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk, Berlin).

### **4. Bericht über die Internationalen Konferenz „Strategien für zukünftige Belarus-Politik“, 28.-29.10.2013, Vilnius**

Die Veranstaltung wurde am 28. Oktober durch den litauischen Außenminister Linas Linkevičius mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion und einem Abendempfang eröffnet und am 29. Oktober mit Expert\*innengesprächen im litauischen Außenministerium fortgesetzt. Die dbg hatte bis 2010 gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern durch die Organisation des Minsk Forum einmal pro Jahr eine Plattform geschaffen, bei der unterschiedlichste Vertreter\*innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von Belarus, Deutschland sowie anderen EU-Mitgliedsstaaten und Nachbarländern sich offen über den aktuellen Stand der Beziehungen austauschen konnten.

Nachdem die politischen Rahmenbedingungen seit Dezember 2010 vorerst keine weitere Durchführung des Minsk Forum erlauben, wollte die dbg mit dieser Konferenz in Hinblick auf die Agenda des EU-Gipfels in Vilnius eine strategische Debatte über die unterschiedlichen Optionen der Belarus-Politik unter Einbeziehung von Expert\*innen, Politiker\*innen sowie Wirtschafts- und zivilgesellschaftlichen Vertreter\*innen aus der EU und Belarus anregen. Ziel war es, einen Beitrag zur weiteren Gestaltung der EU-Politik gegenüber Belarus beim von der litauischen Ratspräsidentschaft organisierten EU-Gipfel zu leisten. Es wurden zehn zentrale Empfehlungen

erarbeitet. Der aktuelle Stand der EU-Belarus Beziehungen war ebenso Teil der Diskussion wie die Perspektiven des zukünftigen politischen Dialogs. Ferner griff die Konferenz die Themen des Modernisierungsdialogs der EU mit Belarus auf und trug dazu bei, Potentiale für Reformen in Belarus zu erörtern.

Zur Realisierung der Konferenz hatten sich auf Initiative der deutsch-belarussischen gesellschaft folgende Kooperationspartner zusammengeschlossen: Eastern Europe Studies Centre (EESC), Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Lithuania, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Stefan-Batory-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, The German Marshall Fund of the United States, Robert Bosch Stiftung, Auswärtiges Amt.